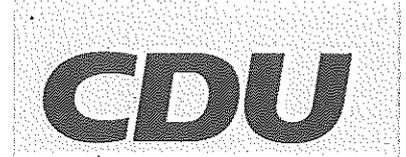
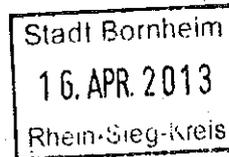


Wir in Bornheim.



An die
Vorsitzende des Ausschuss
für Schule, Soziales und demografischen Wandel
Frau Gabi Deussen-Dopstadt
Rathaus
53332 Bornheim

nachrichtlich: Bürgermeister Wolfgang Henseler



CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bornheim
Ratsmitglied Gabriele Kretschmer
Mörnerstr. 33, 53332 Bornheim
Telefon: 02222/938915
Telefax: 02222/938914
Mobil: 0178 / 2556119
E-Mail: kretschis@t-online.de

16. April 2013

Konzept im Zentrum: Regionales Förder- und Unterstützungszentrum Bornheim

Sehr geehrte Frau Deussen-Dopstadt,

hiermit bitten wir, den folgenden Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Ausschuss für Schule, Soziales und demografischen Wandel am 07. Mai 2013 zu nehmen:

Antrag:

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demografischen Wandel beauftragt den Bürgermeister zu prüfen, welche Maßnahmen nach dem Inkrafttreten des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes ergriffen werden müssen, um die Umsetzung des Konzeptes des Regionalen Förder- und Unterstützungszentrums Bornheim zu gewährleisten.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass bereits in der Vorlage 060/2013-4 zum ASS vom 03. Januar 2013 als Ziel formuliert wurde, den Schulstandort Uedorf dauerhaft zu erhalten und dessen Kompetenz zur Entwicklung der Inklusion für die gesamte Bornheimer Bildungslandschaft „zu stärken“.

Ferner wird der Bürgermeister beauftragt zu prüfen, ob die Umwandlung der Bornheimer Verbundschule in eine überregionale Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen und Sprache des RSK linksrheinisch verfolgt bzw. vorangetrieben werden kann (s. Ideensammlung vom 2. Dezember 2012).

Begründung:

Die CDU ist in Sorge, dass nach Inkrafttreten des Gesetzes - namentlich Artikel 2 der Übergangsvorschriften – das Förder- und Unterstützungszentrum Bornheim ein „Auslaufmodell“ sein wird. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Daher muss nach Möglichkeiten gesucht werden, die den Bestand des Förder- und Unterstützungszentrums Bornheim sichern. Die erfolgreiche Arbeit der Verbundschule und des Kompetenzzentrums muss den Bornheimer Schülerinnen und Schülern weiterhin erhalten bleiben.

Ferner möchten wir auf unser Schreiben vom 24. Oktober 2012 verweisen, mit dem wir schon auf diese Problematik hingewiesen haben.

In der Fassung des 2. Entwurfes des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes vom 19. März 2013 heißt es auf Seite 43 wie folgt: „.....die als Förderschulen fortgeführten Kompetenzzentren können als Schwerpunktschule weitergeführt werden“. Dies könnte nach unserer Ansicht ein Ansatzpunkt sein, den Erhalt der Schule zu sichern.

Durch die Schließungen der Förderschulen in den Nachbarkommunen und vor dem Hintergrund der Entscheidung des OLG Münsters, wonach die Gemeindezugehörigkeit kein zulässiger Ablehnungsgrund für einen Schulaufnahmeantrag ist, sehen wir in einem Konsens mit den Nachbarkommunen über die Kosten der Schülerbeförderung eine weitere Möglichkeit ein Wahlrecht der Eltern zu erhalten und den Bestand der Schule zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gabriele Kretschmer

gez. Petra Heller

gez. Michael Donix

gez. Helga Bandel

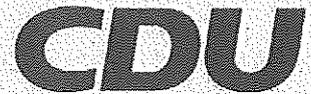
gez. Matthias Wingenbach

gez. Hildegard Meiswinkel

gez. Petra Fendel-Sridharan

gez. Christina Flamme

Wir in Bornheim.



An den
Beigeordneten für
Kinder, Jugend, Familien, Schulen,
Integration, Senioren, Weiterbildung
Herrn Markus Schnapka
Rathaus
53332 Bornheim

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bornheim
Ratsmitglied Gabriele Kretschmer
Mörmerstr. 33, 53332 Bornheim
Telefon: 02222/938915
Telefax: 02222/938914
Mobil: 0178 / 2556119
E-Mail: kretschis@t-online.de

nachrichtlich: Bürgermeister Wolfgang Henseler

24. Oktober 2012

**Stellungnahme der CDU Fraktion zum Referentenentwurf
Erstes Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen
(9. Schulrechtsänderungsgesetz)**

Sehr geehrter Herr Schnapka,

die CDU Fraktion bedankt sich für die Übersendung der Stellungnahme durch den Bürgermeister Wolfgang Henseler zum oben genannten Sachverhalt.

Wir bedauern sehr, dass wir aufgrund des Zeitdrucks keine Möglichkeit haben, dieses wichtige Thema für die Schullandschaft der Stadt Bornheim mit allen Mitgliedern der Fraktion, hier aber insbesondere mit den Mitgliedern des Fachausschusses für Schule, Soziales und demografischen Wandel zu diskutieren.

Wir begrüßen sehr, dass die Verwaltung, trotz des engen Zeitrasters, die Fraktionen durch ihre schulpolitischen Sprecher den Prozess Inklusion begleiten lässt.

Die CDU Fraktion bekräftigt die vorliegende Stellungnahme und sieht die Gefahr das die hervorragende Arbeit des Kompetenzzentrums für die Stadt Bornheim durch die Schulgesetzänderung verloren geht.

Gerade § 19 ist unseres Erachtens nicht schlüssig. Aus Erfahrung stellen Eltern selbst keinen Antrag auf sonderpädagogische Unterstützung, vielmehr lehnen Eltern dies eher ab. Wie soll zukünftig ein sonderpädagogischer Förderschwerpunkt festgestellt werden und die daraus resultierende Fördermaßnahmen eingeleitet werden? Viele Kinder werden somit auf der Strecke bleiben, wenn das AOSF Verfahren zukünftig abgeschafft werden soll. Der „Sonderstatus“ mit einhergehender finanzieller Unterstützung für Kinder mit besonderem Förderbedarf entfällt.

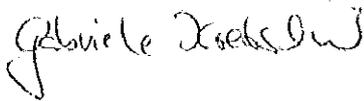
§ 20 Wie soll der Elternwille nach Besuch einer geeigneten Förderschule umgesetzt werden, wenn immer mehr Schulen aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen geschlossen werden sollen (§ 2, 3).

Aus unserer Sicht sollten erst die Voraussetzungen (Lehrerstunden, Klassengrößen, Lehreraus- und -fortbildung etc.) für ein inklusives Schulsystem geschaffen werden, bevor die gut funktionierenden Strukturen zerstört werden. Wir sehen den gerade abgeschlossenen Schulkonsens durch die neu angedachte Gesetzesänderung in Frage gestellt.

Da wir in Bornheim die Bildungslandschaft gemeinschaftlich tragen, möchten wir Sie zur Bekräftigung dieser Stellungnahme bitten, die am Inklusionsprozess beteiligten Personen sowie die schulpolitischen Sprecher ebenfalls mit unterschreiben zu lassen.

Inklusion ja. Aber bitte mit guten Voraussetzungen zum Wohle unserer Förderkinder.

Mit freundlichen Grüßen



Gabriele Kretschmer